

KONTAKT – IMPRESSUM



Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2

Tel.: +43/1/711 62-0, www.bmvit.gv.at



Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

A-1014 Wien, Minoritenplatz 5

Tel.: +43/1/531 20-0, www.bmbwk.gv.at



Bundesministerium für Finanzen

A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 4-8

Tel.: +43/1/514 33-0, www.bmf.gv.at



Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

A-1011 Wien, Stubenring 1

Tel.: +43/1/711 00-0, www.bmwa.gv.at



Rat für Forschung und Technologieentwicklung

Tech Gate Vienna, A-1220 Wien, Donau-City-Straße 1

Tel.: +43/1/205 01 20-555, Fax: +43/1/205 01 20-900

office@rat-fte.at, www.rat-fte.at

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber | © AUSTRIAN COUNCIL

Rat für Forschung und Technologieentwicklung, A-1220 Wien, Donau-City-Straße 1

März 2005

Gestaltung | Grafikatelier Heuberger | Wien

Druck | Kärntner Druckerei | Klagenfurt

Bildquellen | FAS.research – Cover,

Digital Stock, Gabriela Janu, MEV-Verlag

2 _____ WIDMUNG

3 _____ EDITORIAL

5 _____ WEICHEN STELLEN

FORSCHUNGSFÖRDERUNG

AUS EINER HAND _____ 6

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE

TECHNOLOGIEOFFENSIVE 2005 UND 2006 _____ 10

STIPENDIENREFORM: TRANSPARENZ

ERHÖHEN DURCH BÜNDELUNG _____ 13

15 _____ WISSEN SCHAFFEN

UPDATE: WAS SICH IN DEN

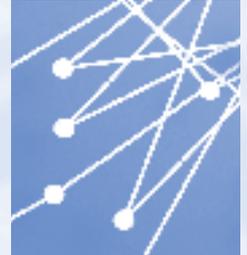
ARBEITSGEBIETEN GETAN HAT _____ 16

GRUNDLEGENDE EXPERTISE:

BERICHTE UND STUDIEN 2004 _____ 18

ÜBERSICHT ÜBER DIE RATSEMPFEHLUNGEN

DER LETZTEN JAHRE _____ 20





Die öffentlichen Haushalte investieren jedes Jahr mehr in Forschung und Entwicklung (F&E), und dies ist gut so. Die Gesamtausgaben für F&E sind von 3,76 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf 5,27 Milliarden Euro im Jahr 2004 angestiegen, die forschungswirksamen Ausgaben des Bundes von 1,2 auf 1,58 Milliarden Euro. Damit hat sich Österreich auch im vorderen Mittelfeld Europas etabliert. Diese massiven Investitionen in F&E spiegeln sich auch in der österreichischen F&E-Quote wider, die von 1,91 Prozent im Jahr 1999 auf 2,27 Prozent im Jahr 2004 prognostiziert wurde. Das heißt, dass sich Österreichs Forschungsausgaben entgegen dem internationalen Trend der Stagnation auf einem Wachstumspfad befinden.

Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung versucht in seiner strategischen Arbeit die Investitionen in Österreichs Zukunft besonders wirkungsvoll zu gestalten, indem er die Hebelwirkung der Förderung untersucht und die effektivsten Instrumente auswählt. Der Rat hat strategische Zukunftsfelder identifiziert, in denen Österreich besondere Stärken aufweist oder Nischen besetzen kann. Wichtige Schwerpunkte bilden die Entwicklung der Informationsgesellschaft, die Forschung im Bereich der Biowissenschaften und der Mikro- und Nanowissenschaften, um nur einige zu nennen.

Die Vernetzung und Rekombination dieser etablierten Stärke- und Kompetenzfelder ist eine Aufgabe für die Zukunft. Verschiedene Brückenschläge zwischen etablierten Forschungsfeldern, aber auch zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurden begonnen und werden weiter ausgebaut. Diese Vernetzungen sind Teil einer Exzellenzstrategie, die neue Innovationspfade eröffnen wird.

Besonderer Dank gebührt dem Rat für die Begleitung der Modernisierung des nationalen Fördersystems. Es wurden in den letzten Jahren neue, international konkurrenzfähige Strukturen aufgebaut und die Einbettung der österreichischen Forschung in den europäischen Forschungsraum vorangetrieben. Wir werden die Unterstützung des Rates bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie weiterhin benötigen, um gemeinsam die gesteckten Ziele zu erreichen.

Wir danken den Mitgliedern des Rates für Forschung und Technologieentwicklung für ihr Engagement und für ihre Expertise, die sie Österreich zur Verfügung stellen. Die bewährte Zusammenarbeit wird auch 2005 für Erfolge im Bereich Forschung, Technologie und Innovation sorgen. ■

ELISABETH GEHERER
Bundesministerin für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur

HUBERT GORBACH
Bundesminister für
Verkehr, Innovation
und Technologie

DR. MARTIN BARTENSTEIN
Bundesminister für
Wirtschaft
und Arbeit

MAG. KARL-HEINZ GRASSER
Bundesminister
für
Finanzen

Der Rat begleitet seit Beginn seiner Tätigkeit die Umsetzung der F&E-Ziele der Regierung, so wie sie in drei Reformdialogen erarbeitet wurden. Obwohl die Lissabon-Strategie mit ihrem Hauptziel einer durchschnittlichen F&E-Quote von drei Prozent des BIP in einigen Mitgliedsländern zögerlich umgesetzt wurde, gilt es für Österreich, Kurs zu halten.

Während die EU-25 – insbesondere durch die neuen Mitgliedsstaaten – nicht in der Lage sein werden, das Lissabon-Ziel zu erreichen, ist dieses Ziel für Österreich wegen seiner Anstrengungen in der Vergangenheit und bei Verstärkung der Maßnahmen in greifbare Nähe gerückt. Die Vision des ersten Reformdialogs der Bundesregierung wird Realität.

Der Evaluierungsbericht einer hochrangigen Experten-Gruppe unter dem Vorsitz des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok ruft den Regierungen in Europa nochmals deutlich in Erinnerung, dass Forschung und Innovation für Wachstum und Beschäftigung in Europa zentral sind. Die Umsetzung der Lissabon-Strategie sei dringlicher denn je, so der Kok-Bericht. Die Wachstumslücke habe sich im Vergleich zu Nordamerika und Asien in den letzten Jahren leider vergrößert.

Die europäische Expertengruppe rief den Mitgliedsstaaten insbesondere folgende Punkte in Erinnerung:

Höhere Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung, mehr Innovationsorientierung:

Schaffung eines europäischen Forschungs- und Innovationsraums, Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3 Prozent des BIP (bis 2010), Sicherstellen der Attraktivität Europas für seine besten Köpfe, Förderung neuer Technologien.

Mehr Aufmerksamkeit für Bildung und Humankapital:

Anpassung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung an die Wissensgesellschaft, Förderung des lebenslangen Lernens für alle, Förderung und Erleichterung der Mobilität in Europa, aber auch auf internationaler Ebene, Halbierung der Zahl der Schulabbrecher.

Weiterentwicklung der europäischen Informationsgesellschaft:

Setzen eines Regelungsrahmens für die elektronische Kommunikation, Unterstützung der Verbreitung von IKT, Schaffung von günstigen Bedingungen für den E-Commerce, Stärkung der europäischen Führungsrolle bei den Technologien der mobilen Kommunikation.

Viele dieser Vorschläge wurden von Österreich schon aufgegriffen. Durch die strategischen Vorgaben des Rates und die Bereitstellung notwendiger Mittel seitens der Bundesregierung konnten viele Maßnahmen bereits gesetzt werden, beispielsweise die Programme der Technologieoffensive und der Nationalstiftung. Um diese Fortschritte abzusichern und die von der EU geforderten 3 Prozent Forschungs- und Entwicklungsanteil am BIP 2010 zu erreichen, ist aber eine Forschungs- und Technologieoffensive III mit entsprechenden Budgetmitteln auszustatten. Eine bloße Fortschreibung der Offensivprogramme und der Dotierung der Nationalstiftung ist dafür nicht ausreichend. Die Vorbereitungen für ein gestärktes Offensivprogramm III (2007–2009) müssen frühzeitig beginnen.

Die Strukturreformen sind weiter voranzutreiben, um die Exzellenzstrategie für Österreich zügig umzusetzen. Das Hauptaugenmerk bei der Steigerung der österreichischen F&E-Ausgaben muss auf Maßnahmen liegen, die Strukturverschiebungen hin zu Hochtech- ▶



Knut Consemüller



Günther Bonn

nologiesektoren unterstützen. Strukturwandel wird durch Unternehmensgründungen, neue Headquarters und Netzwerkorientierung beschleunigt. Hier müssen wir die Anstrengungen bündeln und verstärken. Eine Bedarfslücke bei den Humanressourcen konnte nicht festgestellt werden, stattdessen müssen die Systemmodernisierung und die Investitionstätigkeit verstärkt werden.

Eine Schwäche des derzeitigen Systems stellen die teilweise nur unzureichend dotierten ordentlichen Budgets dar. Dies hat zur Folge, dass Teile der Offensiv- und vor allem auch der Stiftungsmittel nicht für zusätzliche neue Programme und Initiativen zum Einsatz kommen können, sondern zur Ersatzfinanzierung von Regemaßnahmen verwendet werden müssen (beispielsweise zur Sicherstellung der Basisfinanzierung von FFG und FWF).

Aktuelle Herausforderungen – das Arbeitsprogramm des Rates für 2005

Neben der Stärkung der F&E-Budgets sind eine Weiterentwicklung der Strategien und eine Optimierung des Mitteleinsatzes notwendig. Unter dem Titel „Perspektive 2010“ wird der Rat eine Weiterentwicklung des Nationalen Forschungs- und Innovationsplans vorlegen. Schwerpunkt dieser Strategie ist die weitere Optimierung der F&E-Struktur in Österreich durch thematische Fokussierung auf „Centers of Excellence neuer Art“ und deren finanzielle Ausstattung.

Neben den Empfehlungen über den Einsatz der Offensivmittel und der Nationalstiftungsmittel wird der Rat Empfehlungen zu Stipendienreform und Biotechnologie veröffentlichen. Darüber hinaus werden neue Strategien für Monitoring und Evaluierung des Nationalen Innovationssystems und zu Fragen der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung erarbeitet.

Die Umsetzung der strategischen Empfehlungen wird begleitet. Der Rat hat mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften einen Dialog begonnen, um Reformkonzepte auf der Basis von Schwerpunktsetzungen und Leistungsvereinbarungen zu erarbeiten und die Akademie zu einer noch stärkeren Säule des österreichischen Wissenschaftssystems auszubauen.

Im Zuge der Vorbereitungen zur EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 hat der Rat Kontakt mit ähnlich konzipierten Organisationen in unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarländern aufgenommen. Mit ihnen sollen strategische Überlegungen zu Forschung und Innovation diskutiert werden. Einen zentralen Punkt stellt dabei das 7. EU-Rahmenprogramm dar, zu dem wichtige Weichenstellungen im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs durchgeführt werden.

Wir möchten all jenen danken, die unsere Arbeit unterstützen, und alle einladen, mit uns gemeinsam ein innovatives Österreich zu gestalten, das seine Zukunftspotenziale zu nutzen versteht. ■

DR. KNUT CONSEMÜLLER
Vorsitzender des Rates

PROF. DR. GÜNTHER BONN
Stellv. Vorsitzender des Rates

Weichen stellen

Mehr Mittel für Forschung und Technologieentwicklung sind ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Innovationspolitik. Gleichzeitig gilt es aber, Strategien zu entwickeln und Schwerpunkte zu setzen, um die richtigen Schienen zu legen. Dazu gehört die Identifikation von Zukunftsfeldern genauso wie die Förderung von hoch qualifizierten NachwuchswissenschaftlerInnen. Die folgenden Seiten geben einen Überblick über die empfohlenen Strategien.



Henrietta Egerth

Ein erster Schritt ist getan: Forschungsförderung aus einer Hand

Im September 2004 hat die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) den operativen Betrieb aufgenommen (siehe Info-Box). Über Motive, strategische Überlegungen und Herausforderungen diskutieren in einem Round-Table-Gespräch die beiden GeschäftsführerInnen der FFG, Henrietta Egerth und Klaus Pseiner, mit dem Vorsitzenden des Rates für Forschung und Technologieentwicklung (RFT), Knut Consemüller.

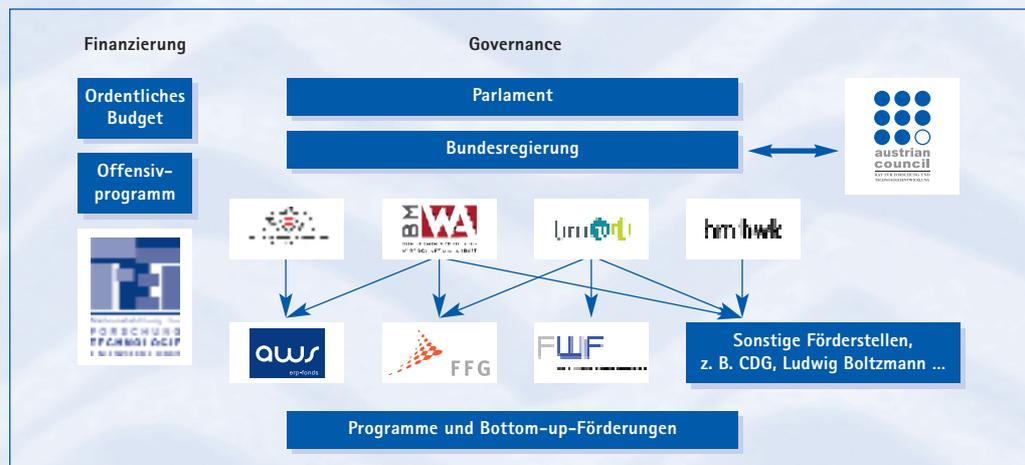
Die Forschungsförderung hat sich bereits in seinem Nationalen Forschungs- und Innovationsplan ausführlich mit notwendigen Strukturreformen in der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik auseinandergesetzt. Im Hinblick auf die Forschungsförderung wurde eine klare institutionelle und programmatische Fokussierung der gewachsenen Förderlandschaft gefordert. Im zweiten Schritt wird jetzt vom Rat auf eine klare Trennung der strategischen und der operativen Ebene Wert gelegt.

Welche strategischen Überlegungen stecken hinter der Zusammenführung von vier verschiedenen Forschungsförderungseinrichtungen unter einem Dach?

Der Rat empfiehlt generell eine Vereinfachung des österreichischen Forschungs-, Technologie- und Innovationsförderungssystems. Wir halten sowohl die Zusammenlegung thematisch verwandter Programme

Consemüller: Der Rat für Forschung und Technolo-

Das Schema veranschaulicht die formale Zuständigkeit im Forschungsförderungssystem des Bundes. Operativ sind die Förderinstitutionen jedoch auch für die jeweils anderen mit FTI befassten Ministerien tätig.



Offensivprogramme und FTE-Nationalstiftung	
■ Offensivprogramm I:	508 Mio. Euro, 2001–2003
■ Offensivprogramm II:	600 Mio. Euro, 2004–2006
■ FTE-Nationalstiftung:	125 Mio. Euro p.a., ab 2004
■ Reform der indirekten Förderung: Erhöhung des Forschungsfreibetrags, Schaffung der alternativen Forschungsprämie	

Offensivprogramm und Forschungsstiftung 2005	
■ Humanressourcen:	ca. 19,0 Mio. Euro
■ Wissenschaft:	ca. 105,0 Mio. Euro
■ Wirtschaft, Kooperation	
Wissenschaft – Wirtschaft:	ca. 185,0 Mio. Euro
■ Internationalisierung:	ca. 7,0 Mio. Euro
■ Public Awareness:	3,6 Mio. Euro

als auch die Integration von ähnlichen Programmtypen unter ein gemeinsames Programmdach für geeignete Maßnahmen.

Wie funktioniert die neue Förderagentur?

Pseiner: Das Ziel ist, für die KundInnen ein maßgeschneidertes Förderpaket zu schnüren. Die FördernehmerInnen soll sich nicht einer unüberschaubaren Vielfalt der Programme gegenübersehen, sondern wir wollen ihnen eine abgestimmte Dienstleistung, ein kompaktes Service zur Verfügung stellen. Dafür bündeln wir die vorhandenen Ressourcen und Instrumente nach neuen Kriterien. Wir setzen der Holschuld der Unternehmen eine Bringschuld der FFG hinzu, indem wir aktiv mit Dienstleistungspaketen auf unsere KundInnen zugehen.

Es ist mittlerweile „Common Sense“, alle Förderprogramme des Bundes für die angewandte Forschung an die FFG zu übertragen – sofern nicht im Einzelfall zwingende Gründe dagegen sprechen. Natürlich wird das noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, weil wir nicht überhastet die Rahmenbedingungen von Programmen mit gerade laufenden Ausschreibungen ändern wollen und können. Mit der Reform der Forschungsförderung jedenfalls basiert das österreichische Innovationssystem im Wesentlichen auf drei Säulen: dem für Grundlagenforschung zuständigen FWF, der Austria Wirtschaftservice GmbH (AWS) als Instrument zur Umsetzung innovativer Ideen in die wirtschaftliche Praxis und dem dritten Akteur FFG als zentraler Säule für den gesamten Bereich der angewandten Forschung.

Egerth: Wir werden in operativen Dingen „Benchmark-Standards“ setzen. Wir gestalten diesen Prozess gemeinsam mit den Ministerien. All dies ist ein

gemeinsamer Lernprozess der beteiligten AkteurInnen, der sich jedenfalls zugunsten der Forschenden auswirken soll. Das sind wir unseren KundInnen, aber auch den beauftragenden Ministerien, die sehr gut mit uns kooperieren, schuldig.

Welche Zwischenbilanz ziehen Sie, und wo liegen die Herausforderungen der nächsten Jahre?

Consemüller: Durch die Offensivprogramme und die Implementierung der FTE-Nationalstiftung wurden Meilensteine gesetzt. Noch nie wurde in Österreich so viel Geld für F&E ausgegeben wie jetzt. Im internationalen Vergleich können wir in Österreich auf eine Spitzendynamik verweisen. Nun sind zweierlei Dinge notwendig, um auf Kurs zu bleiben: kurzfristig die Bereitstellung von je 100 Millionen Euro für 2005 und auch für 2006 aus Privatisierungserlösen; mittelfristig ein Offensivprogramm III für 2007 bis 2009 mit deutlicher Steigerungstangente.

Egerth: Für die FFG ist die Budgetentwicklung sehr erfreulich. Wir konnten das von uns betreute Gesamtvolumen von 325,6 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 352 Millionen Euro im Jahr 2005 steigern. Dabei wurden die Gelder für die Bottom-up-Förderung von 242 auf 250 Millionen Euro, jene für die thematischen und Strukturprogramme noch stärker angehoben. Damit wurde einerseits die Kontinuität in der Fördervergabe gewahrt, andererseits haben wir aber auch die Mittel, um neue Impulse zu setzen.

Pseiner: Wir starten mit den zusätzlichen Geldern auch vier neue Programmlinien: zunächst das Brückenschlagprogramm „Bridge“, das die Lücke zwischen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung schließen soll und in Kooperation mit dem ▶



Klaus Pseiner



Knut Consemüller

FWF durchgeführt wird. Dieses Programm wurde von Anfang an sehr gut angenommen. Das überwältigende Interesse daran zeigt seine Notwendigkeit. Dann gibt es CIR-CE, ein Programm zur Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern, das Programm „Headquarter“ zur Ansiedlung von Konzernforschungszentralen sowie das interdisziplinär angelegte Programm „Sicherheitsforschung“, mit dem Österreich auf aktuelle europäische Entwicklungen aktiv reagiert.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden in der Tätigkeit des Rates bzw. der FFG im Mittelpunkt stehen?

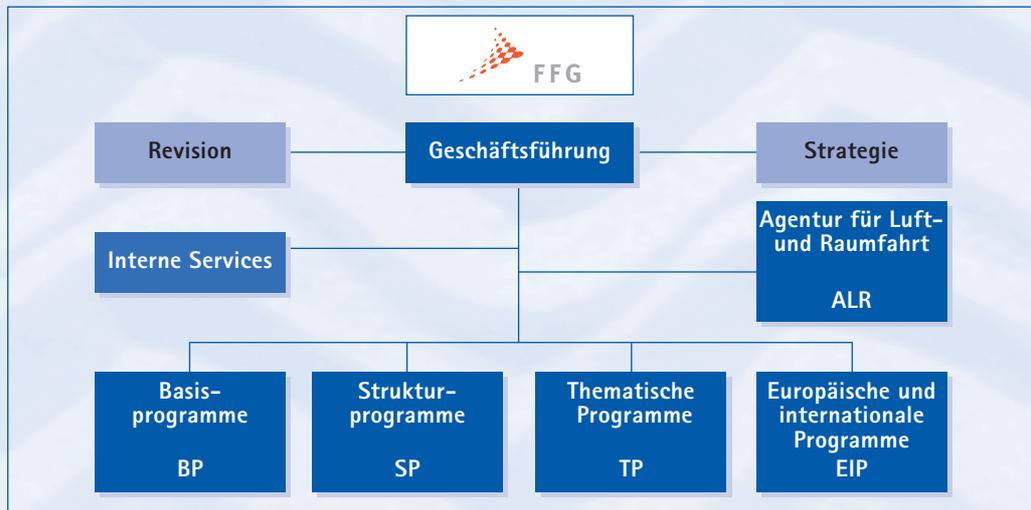
Consemüller: Der Rat sieht die Entwicklung einer Exzellenzstrategie zur Erhöhung der Forschungskapazitäten und die Stärkung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als sehr wichtige Schwerpunkte. Wir werden gemeinsam mit den Ministerien und der FFG eine umfassende Exzellenzstrategie für kooperative Programme entwickeln und weitere Brücken zwischen Grundlagenforschung und

industrieller Entwicklung schlagen. Den Aufbau neuer und die Vernetzung bestehender Stärkefelder zur thematischen Fokussierung und zur Bildung kritischer Massen sehen wir als vordringlich an. Dabei muss man insbesondere auf die Diversität der beteiligten Institutionen, auf vorhandene Exzellenz in Wissenschaft und Wirtschaft und auf den wirtschaftlichen Bedarf achten.

Pseiner: Die FFG versteht sich als aktiver Partner und als zentrales Instrument der Forschungs- und Technologiepolitik Österreichs. Für uns geht es zunächst um eine interne Neuausrichtung der in der FFG gebündelten Ressourcen, aber nicht als Selbstzweck, sondern um eine neue Qualität der Dienstleistung zu erbringen.

Egerth: Das Ziel der FFG ist es, unseren Kunden und den Auftraggebern gleichermaßen einen Mehrwert zu bieten. Den Kunden durch maßgeschneiderte Förderungen und den Auftraggebern durch professionelle Abwicklung aller Förderprogramme. Es geht darum, zu

Das Organigramm der FFG, März 2005



einer klaren und transparenten Aufgabenteilung in der Technologiepolitik zu kommen. Für die FFG gesprochen sind wir optimistisch, diese Herausforderungen zu meistern.

Consemüller: Der Rat wird sich weiterhin für ein noch besseres Zusammenspiel zwischen strategi-

scher und operativer Ebene einsetzen. Eine gute Abstimmung zwischen dem FWF, der FFG, der Christian-Doppler-Gesellschaft (CDG) und der AWS ist bei der Umsetzung der strategischen Leitlinien äußerst wichtig. Die Koordination der beiden Ebenen wird durch anspruchsvolle Governance-Mechanismen realisiert. ■



Zur Person

Henrietta Egerth studierte Handelswissenschaften an der Universität Linz. Nach Abschluss des Studiums arbeitete sie in Brüssel unter anderem in der Europäischen Kommission und beim Dachverband der Industrie- und Arbeitgeberverbände (UNICE). Im Jahr 2000 wechselte Henrietta Egerth in das Kabinett von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, wo sie für Forschung und Entwicklung zuständig war.

Klaus Pseiner ist seit 1998 Chef der Österreichischen Weltraumagentur ASA. Zuvor war der promovierte Biologe bei Dornier, danach als Projektleiter bei der Österreichischen Raumfahrt- und Systemtechnik sowie im technischen Zentrum der Europäischen Weltraumorganisation tätig.

Knut Consemüller ist Vorstandsmitglied der Böhler-Uddeholm AG und dort unter anderem für Forschung und Entwicklung verantwortlich. Von 1976 bis 1984 war er Mitglied des deutschen Technologie-Beirates. Er studierte Eisenhüttenkunde in Aachen und war als Forschungsmanager an verschiedenen Standorten in Europa für betriebliche Innovation zuständig.

Die österreichische Forschungsförderung

Im Juni des letzten Jahres kam es zur Gründung der FFG. Durch die Integration des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF), der Technologie Impulse Gesellschaft (TIG), der Austrian Space Agency (ASA) und des Büros für internationale Forschungs- und Technologiekooperationen (BIT) sind in ihr nunmehr alle wesentlichen Träger der (wirtschaftsbezogenen) Förderprogramme unter einem Dach zusammengefasst.

Die Reform des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) kann als ein weiterer wesentlicher Schritt zur Modernisierung des österreichischen Forschungsförderungssystems betrachtet werden. Neben FFG und FWF nehmen noch die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) und die Christian-Doppler-Gesellschaft (CDG) Aufgaben der Forschungs- und Technologieförderung auf Bundesebene wahr.

Links:
www.ffg.at
www.fwf.ac.at
www.awsg.at
www.cdg.ac.at



Empfehlungen für die Technologieoffensive 2005 und 2006

Der Rat setzt in seinen Empfehlungen, wie die Mittel 2005 und 2006 zu verwenden sind, klare Schwerpunkte. Basis dieser Empfehlungen waren bisherige Rahmenempfehlungen und ein Diskussionsprozess mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Die Ergebnisse der Strategiediskussion und die Ratsempfehlung sind auf der Homepage des Rates <http://www.rat-fte.at> abrufbar.

Humanressourcen

Der Anteil universitärer Forschung, der durch Wettbewerb finanziert wird, wurde in den vergangenen Jahren bereits erhöht. Eine weitere Steigerung ist in Übereinstimmung mit den zeitlichen und rechtlichen Möglichkeiten des Universitätsgesetzes 2002 anzustreben. Das Offensivprogramm und die Mittel der FTE-Nationalstiftung sollen dazu in folgenden Bereichen beitragen:

- Sicherung einer international wettbewerbsfähigen Forschungsinfrastruktur auf hohem Niveau durch ein temporäres Forschungsinfrastrukturprogramm
- Ausstattung des Fonds zur Förderung der Grundlagenforschung (FWF) mit den erforderlichen Mitteln zur Finanzierung einer exzellenten Bottom-up-Grundlagenforschung, langfristig auch zur Finanzierung der Overheads und anteiliger Infrastrukturinvestitionen im Rahmen seiner Projektförderung
- Forcierung von „orientierter Grundlagenforschung“ in Ergänzung zur Bottom-up-Förderung des FWF

Eine wichtige Rahmenbedingung ist die Sicherung einer Basisinfrastruktur für die Universitäten aus dem

GUF („General University Fund“) sowie der notwendigen baulichen Großinvestitionen. Darüber hinaus scheinen Einsparungen durch Fokussierungen auf einzelne Standorte und die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch mehrere Universitäten oder Institute möglich. Belohnungsmechanismen für Einsparungen und Drittmittelwerbung sollten etabliert werden.

Exzellenzstrategie zur Erhöhung der Forschungskapazitäten und zur Stärkung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Der Rat sieht es als vordringlich an, neue Stärkefelder aufzubauen und bestehende Schwerpunkte zur thematischen Fokussierung und zur Bildung kritischer Massen zu vernetzen. Dabei sollte insbesondere auf die Diversität der beteiligten Institutionen, auf vorhandene Exzellenz in Wissenschaft und Wirtschaft sowie auf wirtschaftlichen Bedarf geachtet werden. Die Vernetzung bestehender Instrumente und die Integration neuer Maßnahmen („Bridge“, „Translational Research“) sind die vordringlichsten Aufgaben. Der Rat hat daher die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) gebeten, eine derartige Strategie, begleitet von einem Umsetzungsplan, zu entwickeln, die insbesondere auch die Überlegungen des Rates unter dem Titel „Centers of Excellence neuer Art“ berücksichtigt.

Ausbau und Stärkung der Forschungskapazitäten in der Wirtschaft

Neben der Umsetzung der Exzellenzstrategie sieht der Rat eine besondere Notwendigkeit darin,

- den notwendigen Strukturwandel zu unterstützen (z. B. durch Programme zur Verbesserung der Finan-

zierungsmöglichkeiten für Hightech-Gründungen oder Anreize für den Auf- und Ausbau von Konzernforschungszentralen in Österreich)

- thematische Schwerpunkte in spezifischen Stärkefeldern bzw. in Bereichen mit besonderen Zukunftspotenzialen zu forcieren und

- den Technologie- und Innovationstransfer insbesondere zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) zu verbessern.

Ausbau der Internationalisierung

Generell sollte die Konzeption der österreichischen Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik stärker mit den Zielsetzungen des europäischen Forschungsraums abgestimmt werden. Auf Programmebene und im Stipendienbereich sieht der Rat die Möglichkeit, die Internationalisierung durch Weiterführung bzw. Ausbau der internationalen Kooperationsprogramme sowie durch eine ausreichende Dotierung der Anbahnungs- und Zusatzfinanzierung zu EU-Programmen zu forcieren.

Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Die in den vergangenen Jahren maßgeblich vom Rat mit initiierte Public-Awareness-Initiative wird fortgesetzt. Die geplanten Maßnahmen sollten aber gebündelt und besser aufeinander abgestimmt werden.

Zukunftsfelder

Die Fokussierung auf österreichische Zukunfts- und Stärkefelder wie beispielsweise Biowissenschaften, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologien oder Technologien für Nachhaltigkeit bleibt aufrecht. Eine wesentliche Entwicklung auf europäischer Ebene stellt aus Sicht des Rates die For-

cierung der Sicherheitsforschung als eine Materie dar, die mehrere Wissenschaftsdisziplinen und Technologiefelder umspannt.

Die Implementierung von thematischen Schwerpunkten darf keinesfalls zu Lasten der Bottom-up-Förderung gehen. Top-down-Programme müssen in Wissenschaft und Wirtschaft auf entsprechenden Bedarf treffen („reality check“) und besonders den Auf- und Ausbau von Clustern oder ähnlichen Strukturen ermöglichen. Die Schwerpunktbereiche müssen regelmäßig auf ihre Aktualität überprüft werden.

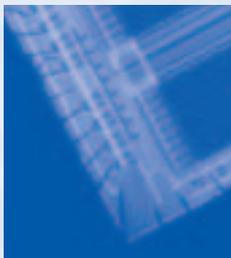
Empfehlungen zur Förderstruktur

Der Rat sieht durch die Bündelung der wirtschaftsorientierten Forschungsförderung in der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) nunmehr gute Rahmenbedingungen für eine Weiterführung der Strukturreform. Als nächster Schritt fordert der Rat entsprechend seinen bisherigen Empfehlungen eine konsequente Realisierung der Trennung zwischen der strategischen Ebene in den Ministerien und der operativen Ebene in den abwickelnden Institutionen.

Die Ministerien sollten – wo das noch nicht der Fall ist – das Management und die Abwicklung der Programme in die Forschungsförderungsgesellschaft oder andere geeignete Institutionen auslagern. Diese Verschiebungen müssen in einem gemeinsamen Prozess zwischen Ministerien und Förderungsinstitutionen erfolgen, wobei sichergestellt werden muss, dass das zur Abwicklung erforderliche Know-how in den Förderinstitutionen rechtzeitig und in hoher Qualität aufgebaut wird.

Weiters empfiehlt der Rat generell eine Vereinfachung des österreichischen Forschungs-, Technologie- und Innovationsförderungssystems. Dazu könnten sowohl ►





thematisch verwandte Programme zusammengelegt als auch ähnliche Programmtypen unter einem gemeinsamen Programmdach integriert werden.

Die FTE-Nationalstiftung leistet einen wertvollen Beitrag zur Erhöhung der mittelfristigen Planungssicherheit. Daher sollten aus Sicht des Rates die Mittel der Stiftung vorwiegend für Programme und Initiativen mit langfristiger Ausrichtung eingesetzt werden. Insbesondere sollte der Aufbau von langfristig ausgerichteten „Centers of Excellence“ unterstützt werden.

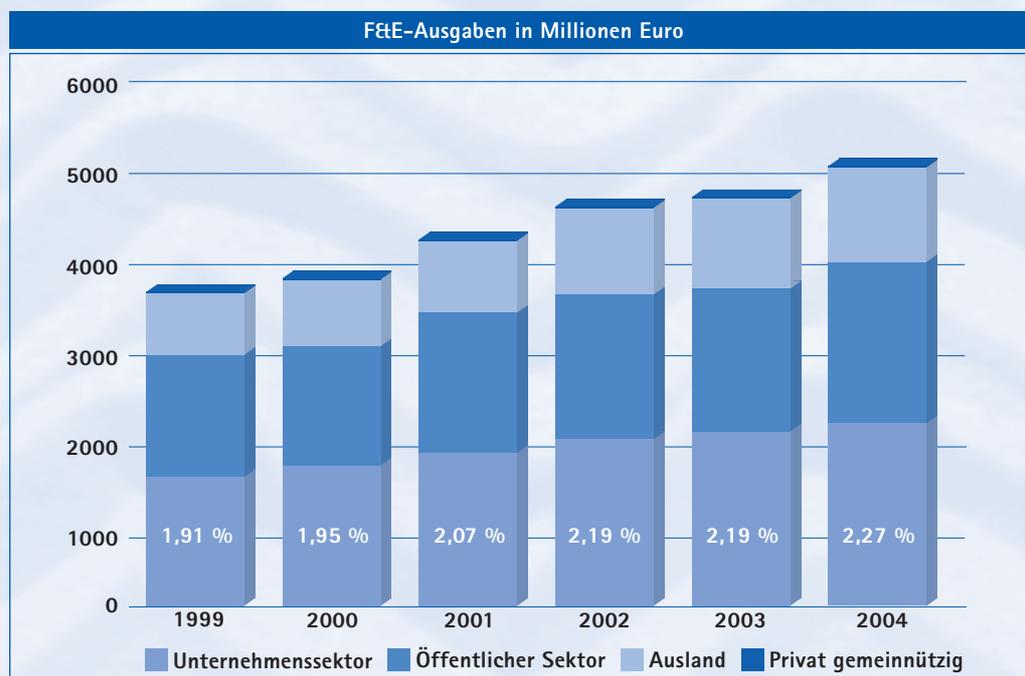
Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass in der Vergangenheit der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und der vormalige Förderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF, nunmehr Bereich 1 der FFG) maßgebliche Mittel von der Oesterreichischen Nationalbank erhal-

ten haben. Da die Nationalstiftung die frühere Nationalbank-Finanzierung ersetzt, müssen – sofern die ordentliche Budgetdotierung nicht gesteigert wird – FWF und FFG auch durch Mittel der Nationalstiftung unterstützt werden.

Die Mittel des Offensivprogramms sollten schwerpunktmäßig für Impulsprogramme temporären Charakters zum Einsatz kommen.

Der Rat ist sich bewusst, dass eine idealtypische Trennung der Aufgaben von Offensivprogramm, Nationalstiftung und ordentlichem Budget zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist. „Basisaktivitäten“ der Ministerien, deren Bedeckung aus den Budgetordinarien sicherzustellen wäre, müssen derzeit mangels entsprechender Ressourcen auch aus Offensiv- bzw. Stiftungsmitteln finanziert werden. ■

Die Grafik veranschaulicht die Dynamik der F&E-Ausgaben in den letzten 6 Jahren. Von 1999 bis 2004 stieg die F&E-Quote deutlich an; von 1,91 auf 2,27 Prozent des BIP. Damit liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt von 1,93 Prozent (2002).



Stipendienreform: Transparenz erhöhen durch Bündelungen

Die österreichische Stipendienlandschaft ist unübersichtlich und kleinteilig. Um die Transparenz zu erhöhen, hat der Rat eine eigene Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet. Die Arbeitsgruppe tagte unter der Leitung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden, Prof. Günther Bonn, fünfmal von Jänner bis November 2004. Im Interview erklärt er die zentralen Ergebnisse und Empfehlungen.

Wie viel Geld nimmt der Bund insgesamt für Stipendien in die Hand?

Bonn: In Österreich existieren viele Stipendienprogramme, für die der Bund jährlich rund 30 Millionen Euro verantwortet. Auf das Bildungsministerium entfallen dabei zirka 80 Prozent der Stipendienmittel. Der

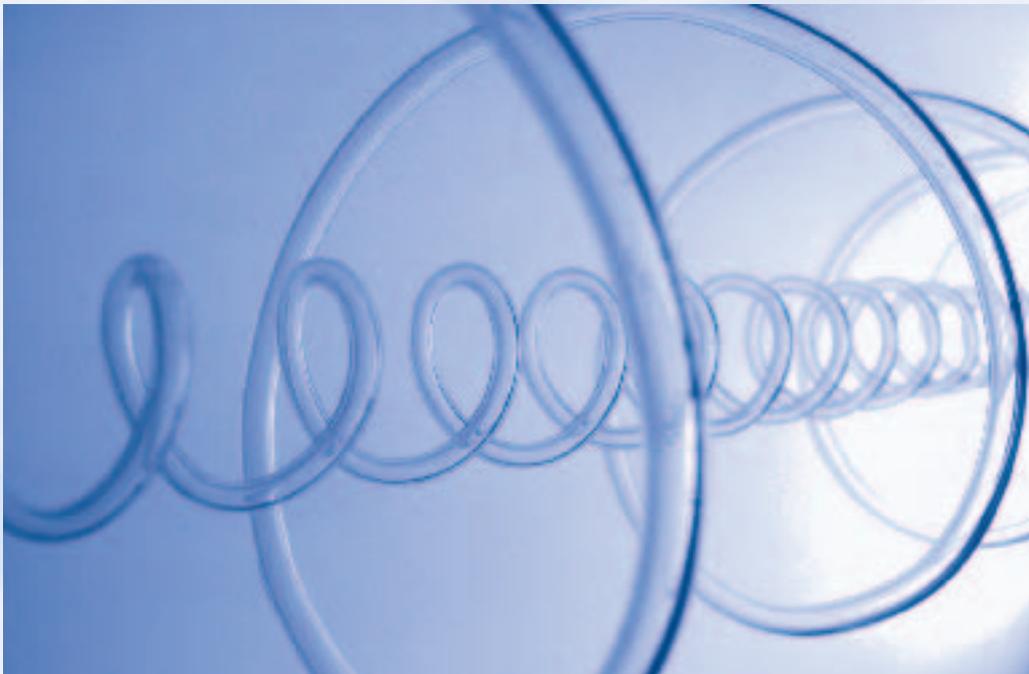
Rest wird im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vom Außenministerium und vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie verantwortet. Hinzu kommen finanzielle Mittel für die Start- und Wittgenstein-Preise sowie finanzielle Mittel der EU und USA für einschlägige Stipendienprogramme.

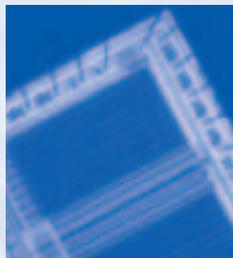
Wo liegen Ihrer Einschätzung nach die Schwächen im österreichischen Stipendienwesen?

Bonn: Die Arbeitsgruppe wünscht sich ein übersichtlicheres Vergabesystem und eine effizientere Abwicklung. Zu kritisieren ist auch der Mangel an kritischer Größe. Man sieht auf einen Blick, dass die Programme historisch gewachsen sind und nicht systematisch entwickelt wurden. Es fehlen zum Teil auch die klaren Zielsetzungen. ▶



Günther Bonn





Welche Zielsetzungen sollte die Reform jedenfalls erfüllen?

Bonn: Die Arbeitsgruppe hat drei wichtige Zielsetzungen formuliert: Erstens sollen Doppelgleisigkeiten beseitigt werden, zweitens sollen die Programme zahlenmäßig reduziert und Kleinstprogramme zusammengelegt werden. Damit würde man kritische Größen schaffen und Schnittmengen besser nutzen. Und drittens empfehlen wir den Aufbau eines „One-Stop-Shops“ für AntragstellerInnen.

Wir erwarten uns, dass damit die Administrationskosten verringert und Transparenz sowie Objektivität erhöht werden. Zudem soll den AntragstellerInnen ein rasches und treffsicheres Angebot ermöglicht werden. Dafür müssen auch die Vergabekriterien vereinheitlicht werden, was wir ausdrücklich anstreben.

Wie werden die Ziele erreicht?

Bonn: Auf die Empfehlungen folgt nun die Entwicklung detaillierter Arbeitspläne. So werden der Rat und das Bildungsministerium einen webbasierten „One-Stop-Shop“ für AntragstellerInnen auf Basis existierender Webportale zur Verfügung stellen. Über dieses Service soll

man demnächst alle Stipendien auch elektronisch beantragen und abwickeln können. Zu den anderen Zielen – Zusammenlegung, Reduktion der abwickelnden Stellen und Vereinheitlichung der Vergabekriterien – sprechen wir bereits mit den zuständigen Einrichtungen.

Ein besonders wichtiger Punkt bleibt für uns die Frauenerförderung: Sie soll ausgebaut werden, indem „Gender Mainstreaming“ für alle Programme eingeführt wird. Außerdem bleiben eigene Stipendienprogramme speziell zur Frauenförderung bestehen.

Welche Aufgabe übernimmt der Rat in diesem Prozess?

Bonn: Wir werden die weiteren Schritte moderieren und die Umsetzung der Empfehlung beobachten. Bis zum Sommer arbeiten wir Vorschläge aus, wie die Abwicklung der Programme gebündelt werden kann. Das Klima in der Arbeitsgruppe war sehr konstruktiv, und ich hoffe, dass auch die Umsetzung von dieser positiven Grundstimmung getragen sein wird. Schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass all dies der besseren Qualifikation von jungen Studierenden und ForscherInnen dient. Soziale Kontakte, die während Auslandsaufenthalten geknüpft werden, sind das Kapital der Zukunft. ■

Zur Person

Univ.-Prof. Dr. Günther Bonn studierte an der Innsbrucker Leopold-Franzens-Universität Chemie. Nach längeren wissenschaftlich motivierten Aufenthalten in den USA wurde er 1991 an den Lehrstuhl für Analytische Chemie an der Universität Linz berufen. 1994 kehrte er an seine Stammuniversität nach Innsbruck zurück und ist dort seit 1995 Ordinarius für Analytische Chemie und Radiochemie. Bonn,

Inhaber mehrerer Patente auf dem Gebiet der DNA-Analytik, ist Mitglied des Salzburger Forschungsrates und weiterer Beratungsorgane. Seine Bestellung in den Rat erfolgte durch die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Günther Bonn wurde anlässlich der konstituierenden Sitzung des Rates am 6. September 2000 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Wissen schaffen

Um Strategien definieren zu können, braucht man eine stabile Basis an Expertise zu nationalen Entwicklungen und internationalen Richtwerten. Der Rat richtet Arbeitsgruppen zu zentralen Themen ein und initiiert jedes Jahr eine Reihe von Studien, um seine langfristigen Strategien durch externes Fachwissen zu untermauern. Einen Einblick in die Fülle an Grundlagen bietet der folgende Abschnitt.





Update: Was sich in den Arbeitsgebieten getan hat

Der Rat hat für prioritäre Themen Arbeitsgruppen eingesetzt. Manche dieser Initiativen haben im zweiten Halbjahr 2004 wichtige Meilensteine erreicht. Über diese „Neuigkeiten“ wird nachfolgend berichtet.

Gender Mainstreaming

Frauen sind, wie einschlägige Studien zeigen, in Forschung und Technologie insgesamt zu wenig vertreten. Dies gilt vor allem in Führungspositionen, in der industriellen Forschung sowie in vielen naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen. Aus der Sicht des Rates gibt es zwei einander ergänzende Instrumente, mit denen diese Situation verändert werden kann: die Förderung von Frauen in Forschung und Technologie sowie das Gender Mainstreaming (GM). Im Dezember 2003 hat der Rat eine interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt, speziell für das Gender Mainstreaming in der FTI-Förderung gemeinsame Standards zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe hat, aufbauend auf den Erfahrungen der einzelnen Ministerien, eine erweiterbare Mappe zusammengestellt. Diese enthält Leitfäden und Handlungsanweisungen, anhand derer die Programmverantwortlichen in Ministerien und Fördereinrichtungen ihre Fördermaßnahmen so gestalten können, dass sie den Anforderungen des GM entsprechen. Die Mappe wird weiterhin von der Arbeitsgruppe betreut.

Der Rat hat dieses Ergebnis in seiner Sitzung am 22. Februar 2005 zustimmend zur Kenntnis genommen und die vorgeschlagene Vorgangsweise zur Umsetzung empfohlen.

Biotechnologie

Der Rat hat gemeinsam mit VertreterInnen der zuständigen Ministerien und weiteren ExpertInnen ein Konzept für die künftige Entwicklung der Life Sciences in

Österreich ausgearbeitet. Das Konzept stellt einen ersten wesentlichen Schritt zur österreichischen Strategieentwicklung für die Life Sciences dar. Basierend darauf werden laufend konkrete Maßnahmen entwickelt.

„Innovatives Österreich“

„Innovatives Österreich“ ist eine Kommunikationsplattform, die den Dialog über Innovation, Forschung und Technologieentwicklung in der Öffentlichkeit stimulieren soll.

Im September 2002 startete die Kampagne „Innovatives Österreich“, die eine Vielzahl von Maßnahmen umfasste. Im Rahmen der Kampagne wurden Veranstaltungen, Ausstellungen, Qualifizierungsprojekte, Preise, ein Lehrgang für Wissenschaftskommunikation, eine BürgerInnenkonferenz zum Thema „Genetische Daten – woher, wohin, wozu?“ und zahlreiche weitere Projekte durchgeführt. Insgesamt wurden 24 Einzelmaßnahmen umgesetzt.

Der zweite Teil der Kampagne startete bereits im Lauf des Jahres 2004. Die Kampagne wurde vor allem durch die Projekte der für Forschung zuständigen Ministerien getragen. So fand z. B. im September 2004 die international viel beachtete Konferenz und Ausstellung „Language of Networks“ im Ars Electronica Center in Linz statt.

Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK)

Nach Abschluss der GSK-Strategieentwicklung durch die vom Rat eingesetzte Arbeitsgruppe tagt die Gruppe nunmehr in größeren Abständen und wird aus jeweils aktuellem Anlass einberufen. Aufgabe der Gruppe ist es, die Umsetzung der Ratsempfehlung zu begleiten (Monitoring) sowie bei Bedarf weiterführende Vorschläge für die Zukunft der GSK zu entwickeln.

Im November 2004 fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe statt: Die VertreterInnen des Bildungsministeriums berichteten über den Stand der Umsetzung der vom Rat aus den Offensivmitteln empfohlenen Programme und Initiativen:

- Weiterführung des Schwerpunktprogramms NODE zum Thema Demokratieentwicklung: Die zweite Ausschreibungsrunde ging im Oktober 2004 zu Ende, die dritte und letzte Ausschreibung soll 2005 stattfinden.

- Entwicklung neuer, überlappender nationaler Schwerpunktprogramme: „TRAFO“ ist ein Methodenprogramm zur trans- und interdisziplinären Forschung. Die erste Ausschreibung ist bereits erfolgt. Das Programmkomitee zur Entwicklung eines neuen thematischen Schwerpunktprogramms hat sich Ende November konstituiert.

- Nachwuchsförderung: Das neue DoktorandInnenprogramm „Doc-team“ wird von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt, für die Post-Doc-Förderung ist das Bildungsministerium zuständig.

- Dynamische Qualitätssicherung für die außeruniversitäre Forschung: Eine zweite Ausschreibung ist für 2005/06 geplant.

Darüber hinaus wird aus Mitteln des Bildungsministeriums und des Rates eine Studie zur Erhebung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes finanziert.

In anderen Arbeitsgruppen wurden die bereits formulierten Ziele und Vorgangsweisen bestätigt. Dies gilt für:

- Nanowissenschaften und -technologien

<http://www.asaspace.at/nano>

- Forschung für Nachhaltige Entwicklung

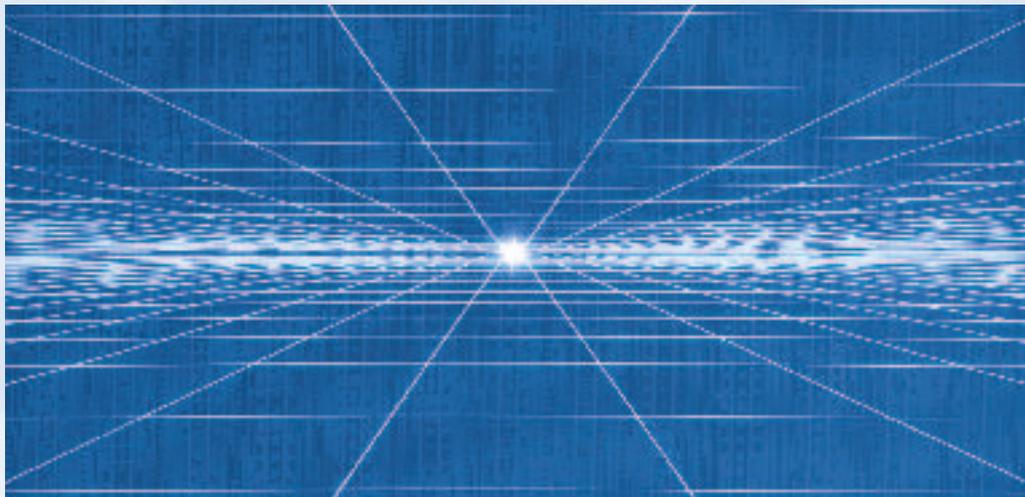
<http://www.forne.at>

- FFORTE – Frauen in Forschung und Technologie

<http://www.fforte.at>

- Bund-Bundesländer-Kooperation

Wenn Sie dazu mehr wissen wollen, wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Rates oder konsultieren Sie die angegebenen Websites. Schriftliche Informationen aus Sicht des Rates finden Sie im 1. Teil des Tätigkeitsberichts 2004. ■



Grundlegende Expertise: Berichte und Studien 2004

Die folgenden Absätze fassen die Ergebnisse der Studien zusammen, die im letzten Halbjahr auf der Website des Rates publiziert wurden. Dort stehen sie zum Gratis-Download bereit (<http://www.rat-fte.at>).

Die Wirksamkeit von Politikberatung

Am 3. November fand das jährliche Treffen der europäischen Räte statt. Intensiv wurde die Studie „The Impact of Policy Advice“ der Erasmus-Universität Rotterdam diskutiert. Auf Vorschlag der österreichischen Geschäftsstelle soll die Studie ins Englische übersetzt werden.

Weitere Diskussionspunkte waren: „Research Careers“ (Bericht von Dänemark) und „Matching of Research Funds“ (Bericht der Niederlande).

Mitgliedschaft Österreichs in internationalen forschungsrelevanten Einrichtungen

Die vom Rat beauftragte Studie „Mitgliedschaft Österreichs in internationalen forschungsrelevanten Einrichtungen“ wurde im September 2004 abgeschlossen und von den Studienautoren dem Rat präsentiert.

Die Studie umfasst eine Bestandsaufnahme der ausgewählten Organisationen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse der österreichischen Mitgliedschaft in den untersuchten Organisationen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

- Die österreichische Mitgliedschaft in den untersuchten Organisationen hat sich insgesamt positiv entwickelt; besonders hervorzuheben sind hier CERN und ESA.
- Dennoch bestehen hinsichtlich der österreichischen

Performance Verbesserungspotenziale; die Möglichkeiten der Mitgliedschaft sollten intensiver genutzt werden, z. B. bei EMBL (European Molecular Biology Laboratory) und EMBC (European Molecular Biology Conference) – beide sind für die österreichische und gesamteuropäische Forschung von zentraler Bedeutung.

■ Darüber hinaus wurden in der Studie die Vor- und Nachteile eines österreichischen Beitritts zu ESO (European Southern Observatory) abgewogen. Die wissenschaftliche Forschungsbasis in Österreich ist zahlenmäßig klein, auf drei Universitäten verteilt (Wien, Innsbruck und Graz), aber für den Beitritt gerüstet. Der Beitritt zu ESO würde sicherstellen, dass künftig Astronomie und Astrophysik in Österreich auf höchstem wissenschaftlichem Niveau betrieben werden können.

Studie zu Forschungs-, Technologie- und innovationspolitischen Konzepten im internationalen Vergleich

Diese im Juli 2004 abgeschlossene Studie analysiert vergleichend die Forschungs-, Technologie- und innovationspolitischen Konzepte von 23 Ländern. Fünf ausgewählte Länder (Deutschland, Finnland, Niederlande, Schweiz und Großbritannien) wurden detailliert auf Rahmenbedingungen, institutionelle Aspekte, Inhalte und Schwerpunkte der direkten und indirekten Förderung untersucht.

Priorities in Science and Technology Policy – An International Comparison

In der Studie „Zukunftspotenziale der österreichischen Forschung“ standen die thematischen Schwerpunkte im Mittelpunkt der Analyse. Nun liegt die daran anschließende Studie „Schwerpunkte in der Wissenschafts- und Technologiepolitik – Ein interna-

tionaler Vergleich (Priorities in Science and Technology Policy – An International Comparison)" vor. Diese Studie untersucht die forschungs-, technologie- und innovationspolitische Praxis der Schwerpunktsetzung in verschiedenen Ländern und stellt dabei vor allem zwei Fragen:

- Wie werden die Schwerpunktsetzungen begründet?
- Wie werden die konkreten Schwerpunkte identifiziert?

Durch Beispiele liefert die Studie wertvolle Hinweise darauf, wie in Österreich die Schwerpunktsetzung in der FTI-Politik effizienter und kohärenter gestaltet werden kann.



Studie zu den nationalen und supranationalen Strategieplänen für Forschung und Entwicklung in Europa

Die AutorInnen dieser Untersuchung analysierten jüngste Entwicklungen in der europäischen Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik und daraus folgende Optionen zur Orientierungskorrektur der heimischen Politik. Eine Reihe von „Good Practice“-Förderungsschienen in anderen EU-Ländern wurden untersucht und hinsichtlich ihrer Eignung für das österreichische Innovationssystem beurteilt.



Studie: Zukünftiger Bedarf an Humanressourcen

Eine weitere vom Rat beauftragte Studie zum Thema „Gegenüberstellung von Bedarf und zukünftigen Angebotspotenzialen an Humanressourcen im österreichischen Nationalen Innovationssystem“ wurde im November 2004 fertiggestellt.

Wichtigstes Ergebnis: Die zahlenmäßige Gegenüberstellung von Bedarf und zukünftigem Angebot auf Basis sowohl rechnerischer Projektionen als auch Befragungen in den drei Sektoren ergibt keine signifikant begründbare

quantitative Bedarfslücke; dies unter Berücksichtigung der Komplexität der Themenstellung, der Qualität und Aktualität statistischer Daten und der gewählten Rahmenbedingungen. Dadurch wird deutlich, dass zur Erreichung der Lissabon-Ziele die F&E-Ausgaben, effiziente Forschungs- und Innovationsstrukturen und die Qualität der Ausbildung im Vordergrund stehen müssen.



Studie: The Role of Special Funds in Catching-up R&D-Strategies

Die Studie identifiziert Länder mit einer besonders dynamischen Entwicklung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben und analysiert deren Strategien. Darüber hinaus werden die Hauptfaktoren untersucht, die für ein überdurchschnittliches Wachstum bei den innovationsbezogenen Ausgaben der Wirtschaft verantwortlich sind. Schließlich erfolgt eine Detailanalyse der Aufholstrategien von sechs ausgewählten OECD-Ländern.



Entwicklung eines Feasibility-Konzepts zur Förderung des Ausbaus von Centers of Excellence in Österreich

Das vorliegende Feasibility-Konzept geht von der grundsätzlichen Überlegung aus, dass der Aufbau von Kompetenzzentren in enger Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft äußerst erfolgreich ist. Gerade Österreich als kleiner Staat der Europäischen Union weist eine geringe Anzahl von global operierenden Konzernen oder „Headquarters“ auf, verfügt aber über überdurchschnittlich gute Indikatoren hinsichtlich Aus- und Weiterbildung sowie Standort. Es wäre daher prädestiniert, zusätzlich in ausgesuchten Nischen und Fachbereichen die bestehenden Stärken zur globalen Exzellenz zu entwickeln und damit in diesen Nischen internationale Themenführerschaft in der erforderlichen „kritischen Größe“ zu erringen. ■





Übersicht über die Ratsempfehlungen der letzten Jahre

Was ist eine Empfehlung

Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung ist das strategische Beratungsorgan der österreichischen Bundesregierung in allen Fragen der Forschung, Technologie und Innovation (FTI). Er erarbeitet Empfehlungen zur mittel- und langfristigen strategischen Ausrichtung der österreichischen FTI-Politik sowie konkrete Aussagen zum Einsatz öffentlicher Förderungsbudgets.

Der Rat bereitet diese Empfehlungen in einem engen Dialog mit den maßgeblichen Akteuren des österreichischen Innovationssystems vor. ExpertInnen aus Politik, Verwaltung, den Förderinstitutionen sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft werden in Arbeitsgruppen und ähnlichen Dialogforen eingebunden.

Die Empfehlungen des Rates werden auf seiner Homepage <http://www.rat-fte.at> veröffentlicht. ■

Thematische und strukturelle Empfehlungen	
01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 2001	Vorschläge des Rates zur Reorganisation der Universitäten sowie zur Gestaltung akademischer Karrieren, März 2001 Empfehlung zur geplanten Großforschungseinrichtung AUSTRON, März 2001 Vorschläge des Rates für die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Mobilität von ForscherInnen, Mai 2001
01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 2002	Biotechnologiestandort Österreich, Februar 2002. Förderung von Frauen in Forschung und Technologie, Februar 2002 Maßnahmen für die Förderung von Unternehmensgründungen, Februar 2002 Initiative für Nanowissenschaften und -technologien, Februar 2002. Der Rat zur Universitätsreform, Februar 2002 Office of Science and Technology in Washington, Juli 2002 Maßnahmen zur Stärkung der Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften, Juli 2002 Monitoring von FTE-Förderprogrammen, Juli 2002 Europäischer Forschungsraum und EU-Forschungsrahmenprogramm, Juli 2002
01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 2003	Geistiges Eigentum: Intellectual Property Rights, Patente, Februar 2003 European Southern Observatory, April 2003 Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, September 2003 Zur Förderung der Public Awareness für die Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation, November 2003
01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 2004	
01 02 03 04 05 2005	Empfehlung zur Reform der Stipendien des Bundes, Jänner 2005



Empfehlungen zum Einsatz von Mitteln aus den Offensivprogrammen und der FTE-Nationalstiftung	
2001	<p>Sondermittel für Sofortmaßnahmen der Ministerien zur Förderung von FTE, Jänner 2001</p> <p>Sondermittel für die Kompetenzzentren und CD-Labors, die Gründung des Zentrums für Molekulare Medizin sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, März 2001</p> <p>Sondermittel für zahlreiche Programme und Maßnahmen der Ministerien sowie ergänzende strukturelle Empfehlungen, Juni 2001</p> <p>Präzisierung der Empfehlungen vom 27. Juni 2001, September 2001</p> <p>Sondermittel für FWF und FFF, für Impulsprogramme in den Bereichen Nachhaltigkeit, Verkehr und Weltraum sowie ein Programm zur Bewusstseinsbildung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation, November 2001</p>
2002	<p>Impulsprogramm Demokratieentwicklung und Sondermittel für FWF und Akademie der Wissenschaften, Februar 2002</p> <p>Förderung für universitäre Infrastruktur und akademische Karrieren, Februar 2002. „e-business“, Februar 2002</p> <p>Impulse für den außeruniversitären Sektor, Stipendien etc., April 2002</p> <p>Mittelfreigabe für internationale FTE-Kooperation, Juli 2002</p>
2003	<p>Grundsätze für die Verwendung der Mittel aus dem Offensivprogramm II, August 2003</p> <p>Verwendung der Mittel des Offensivprogramms II im Jahr 2004, Dezember 2003</p>
2004	<p>Empfehlung zur Strukturreform und der Nationalstiftung, März 2004</p> <p>Empfehlung zur Verwendung von Mitteln aus der Nationalstiftung, April 2004</p> <p>Weitere Empfehlung zur Verwendung von Mitteln aus der Nationalstiftung, außerdem Empfehlungen zum Programm FH-plus, zum RICAM-Institut der ÖAW sowie zur Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FORNE), Juni 2004</p>
2005	<p>Empfehlung zur Verwendung der Mittel aus dem Offensivprogramm II und der Nationalstiftung im Jahr 2005, November 2004</p> <p>Erläuterungen zur Empfehlung zur Verwendung der Mittel aus der Nationalstiftung im Jahr 2005, Dezember 2004</p> <p>Empfehlung zur Verwendung der Mittel aus dem Offensivprogramm II und der Nationalstiftung im Jahr 2006, Jänner 2005</p>

Übergreifende strategische Papiere	
2001	<p>Vision 2005 – Durch Innovation zu den Besten, Mai 2001</p> <p>Forschungsstrategie Austria 2,5 % + plus / Wohlstand durch Forschung und Innovation, Mai 2001</p>
2002	<p>Der Nationale Forschungs- und Innovationsplan, Dezember 2002</p>

